

Monika Oberle *Hrsg.*

Die Europäische Union erfolgreich vermitteln

Perspektiven der politischen
EU-Bildung heute

 Springer VS

Monika Oberle *Hrsg.*

Die Europäische Union erfolgreich vermitteln

Perspektiven der politischen
EU-Bildung heute

 Springer VS

Die Europäische Union erfolgreich
vermitteln

Monika Oberle
(Hrsg.)

Die Europäische Union erfolgreich vermitteln

Perspektiven der politischen
EU-Bildung heute

Herausgeber
Monika Oberle
Universität Göttingen
Deutschland

ISBN 978-3-658-06816-5
DOI 10.1007/978-3-658-06817-2

ISBN 978-3-658-06817-2 (eBook)

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über <http://dnb.d-nb.de> abrufbar.

Springer VS

© Springer Fachmedien Wiesbaden 2015

Das Werk einschließlich aller seiner Teile ist urheberrechtlich geschützt. Jede Verwertung, die nicht ausdrücklich vom Urheberrechtsgesetz zugelassen ist, bedarf der vorherigen Zustimmung des Verlags. Das gilt insbesondere für Vervielfältigungen, Bearbeitungen, Übersetzungen, Mikroverfilmungen und die Einspeicherung und Verarbeitung in elektronischen Systemen.

Die Wiedergabe von Gebrauchsnamen, Handelsnamen, Warenbezeichnungen usw. in diesem Werk berechtigt auch ohne besondere Kennzeichnung nicht zu der Annahme, dass solche Namen im Sinne der Warenzeichen- und Markenschutz-Gesetzgebung als frei zu betrachten wären und daher von jedermann benutzt werden dürften.

Gedruckt auf säurefreiem und chlorfrei gebleichtem Papier

Springer VS ist eine Marke von Springer DE. Springer DE ist Teil der Fachverlagsgruppe Springer Science+Business Media
www.springer-vs.de

Inhaltsverzeichnis

Einleitung	1
von Monika Oberle	
Teil I Einstellungen und Kenntnisse der Bürger/innen zur Europäischen Union – fachwissenschaftliche Perspektiven	
Die Europäische Union und die Bürgerinnen und Bürger: Stimmungsschwankungen oder handfeste Vertrauenskrise?	13
Wilhelm Knelangen	
Teil eines kosmopolitischen Projektes? Über mögliche Wege, einer ‚europäischen Identität‘ zu entkommen	27
Lars Klein	
Wissen um die Direktwahl des Europäischen Parlaments – eine Frage des Alters? Deutsche im westeuropäischen Vergleich	39
Bettina Westle	
Teil II Zu Theorie und Empirie der europapolitischen Bildung – fachdidaktische Perspektiven	
EU-Bildung in der Schule – Erfahrungen und Desiderate	67
Helmar Schöne und Stefan Immerfall	
Förderung EU-bezogener Kompetenzen bei Schüler/innen – zum Einfluss des politischen Fachunterrichts	81
Monika Oberle und Johanna Forstmann	

Effektiver Unterricht über die Europäische Union – Ergebnisse einer Studie zur Schülerperzeption von Politikunterricht	99
Georg Weißeno und Barbara Landwehr	
Politische EU-Bildung in der Grundschule?	111
Dagmar Richter	
Europa im vielperspektivischen Sachunterricht	121
Eva-Maria Schauenberg	
Europapolitische Kompetenzentwicklung zwischen Standardisierung und emanzipatorischer Demokratiebildung	133
Andreas Eis	
„European Citizenship“ in der Schweiz	147
Béatrice Ziegler	
Politische Bildung für nachhaltige Entwicklung und ihre europäische Dimension	161
Bernhard Ohlmeier und Andreas Brunold	
Besondere Schwierigkeiten bei der Vermittlung der EU in der Politischen Bildung?	179
Thomas Goll	
Lehrerfortbildungen zur politischen EU-Bildung – eine empirische Begleitstudie	193
Monika Oberle und Johanna Forstmann	
Teil III Ansätze der politischen EU-Bildung – Beispiele gelingender Praxis	
(Neue) Ansätze in der europapolitischen Bildung	213
Eckart D. Stratenschulte	
Europabezogene Planspiele und ihre Wirkungen	223
Benedikt Dierßen und Stefan Rappenglück	

Auf das Lernziel kommt es an – Planspiele in der europapolitischen Bildungsarbeit	235
Simon Raiser und Björn Warkalla	
Die Europäische Union „vor Ort“ erleben – Politische Exkursionen nach Brüssel	249
Iris Weber	

Autorenverzeichnis

Andreas Brunold Philosophisch-Sozialwissenschaftliche Fakultät, Universität Augsburg, Deutschland

Benedikt Dierßen Amt für Stadtentwicklung Karlsruhe, Deutschland

Andreas Eis Institut für Sozialwissenschaften, Universität Oldenburg, Deutschland

Johanna Forstmann Institut für Politikwissenschaft, Georg-August-Universität Göttingen, Deutschland

Thomas Goll Institut für Soziologie, Technische Universität Dortmund, Deutschland

Stefan Immerfall Abt. Soziologie, Pädagogische Hochschule Schwäbisch Gmünd, Deutschland

Lars Klein Erasmus Mundus MA-Programm Euroculture – Europe in the Wider World, Georg-August-Universität, Göttingen, Deutschland

Wilhelm Knelangen Institut für Sozialwissenschaften/ Bereich Politikwissenschaft, Christian-Albrechts-Universität zu Kiel, Deutschland

Barbara Landwehr Institut für Politikwissenschaft, Pädagogische Hochschule Karlsruhe, Deutschland

Monika Oberle Institut für Politikwissenschaft, Georg-August-Universität Göttingen, Deutschland

Bernhard Ohlmeier Philosophisch-Sozialwissenschaftliche Fakultät, Universität Augsburg, Deutschland

Simon Raiser Geschäftsführer, planpolitik, Berlin, Deutschland

Stefan Rappenglück Europäische Studien/Politikwissenschaft, Hochschule für angewandte Wissenschaften München, Deutschland

Dagmar Richter Technische Universität Braunschweig, Deutschland

Eva-Maria Schauenberg Institut für Soziologie, Technische Universität Dortmund, Deutschland

Helmar Schöne Abt. Politikwissenschaft, Pädagogische Hochschule Schwäbisch Gmünd, Deutschland

Eckart D. Stratenschulte Leiter, Europäische Akademie Berlin, Deutschland

Björn Warkalla Geschäftsführer, planpolitik, Berlin, Deutschland

Iris Weber Osnabrück, Deutschland

Georg Weißeno Institut für Politikwissenschaft, Pädagogische Hochschule Karlsruhe, Deutschland

Bettina Westle Institut für Politikwissenschaft, Philipps-Universität Marburg, Deutschland

Béatrice Ziegler Zentrum Politische Bildung und Geschichtsdidaktik, Pädagogische Hochschule FHNW am Zentrum für Demokratie Aarau, Schweiz

Einleitung

von Monika Oberle

Europa ist mehr als die Europäische Union (EU), doch der EU kommt in der europapolitischen Bildungsarbeit ein besonderer Stellenwert zu. Sie ist der am stärksten verflochtene transnationale politische Zusammenschluss Europas (und weltweit), dessen politische Entscheidungen – kontinuierlich – starke Auswirkungen auf Politik in Deutschland und das Leben der hier ansässigen Menschen haben. Mehr als ein Drittel der bundesdeutschen Gesetzgebung ging in den letzten Jahren auf einen „europäischen Impuls“ zurück (vgl. z. B. Töller 2008). Zugleich können deutsche Bürger/innen auf zahlreichen Wegen Einfluss auf die politischen Entscheidungsfindungen der EU nehmen, nicht zuletzt mittels der Direktwahl des Europäischen Parlaments. Passend zum Jahr der Europawahlen 2014 richtet der vorliegende Sammelband seinen Fokus aus unterschiedlichen Perspektiven auf die politische EU-Bildung.

In der globalisierten Welt des 21. Jahrhunderts haben gesellschaftliche Probleme und nationalstaatliche Lösungsfähigkeit an Deckungsgleichheit verloren (Zürn 1998). Eine Antwort auf die Entgrenzung der Problemlagen ist die Übertragung nationaler Souveränität auf andere politische Ebenen und an neue Akteure. Im Europäischen Mehrebenensystem ist dabei eine zunehmende Übertragung politischer Kompetenzen an die Europäische Union zu beobachten. Mit der voranschreitenden horizontalen Integration (= Erweiterung) und vertikalen Integration (= Vertiefung) ist aber auch die Kritik an den beiden Grundproblemen der EU

von M. Oberle (✉)

Institut für Politikwissenschaft, Georg-August-Universität Göttingen,
Platz der Göttinger Sieben 3, 37073 Göttingen, Deutschland

E-Mail: moberle@uni-goettingen.de

© Springer Fachmedien Wiesbaden 2015

M. Oberle (Hrsg.), *Die Europäische Union erfolgreich vermitteln*,

DOI 10.1007/978-3-658-06817-2_1

lauter geworden: dem Mangel an demokratischer Legitimation und an Effizienz. Die tradierte Output-Legitimation (Frieden, Wohlstand) kann mehr als 60 Jahre nach Ende des Zweiten Weltkriegs und gut 20 Jahre nach Ende des Kalten Krieges nicht mehr als Legitimitätsstifter des „System Sui Generis“ (= eigener Art) der EU genügen (vgl. Knelangen in diesem Band). Die mangelnde Input-Legitimation (Partizipation) wird beklagt und u. a. an der nicht vom Volk gewählten Europäischen Kommission mit ihrem Initiativmonopol der Gesetzgebung sowie der starken Legislativfunktion des exekutiv besetzten Rats der EU festgemacht. Als weitere Problemstellen gelten die empfundene Bürgerferne der EU und der Mangel an europäischer Identität, also das Fehlen eines europäischen *demos* (vgl. auch Holzinger et al. 2005; Tömmel 2008).

Der Verfassungsvertrag und der Vertrag von Lissabon sollten in beiden zentralen Problembereichen – trotz deren partieller Gegenläufigkeit („trade-off“) – Verbesserungen bringen, also ein Mehr an demokratischer Mitbestimmung, Transparenz und Bürgernähe *und* an Effizienz (vgl. Weidenfeld 2006; Hofmann und Wessels 2009). Die zunächst gescheiterten Referenden in Frankreich, den Niederlanden und Irland weisen jedoch auf ein fundamentales Problem der EU hin: nämlich den Informationsmangel der Bevölkerung hinsichtlich der EU als einem enormen Stolperstein für deren demokratische Reform. So zeigen Umfragen, dass beispielsweise beim Irischen Referendum 2007 mangelndes Verständnis und subjektiv empfundene Uninformiertheit, übrigens insbesondere bei jungen Menschen, dazu führten, gegen den Reformvertrag zu stimmen bzw. der Abstimmung fern zu bleiben (vgl. Europäische Kommission 2008). Dabei fehlte es nicht an frei zugänglichem und breit gestreutem Informationsmaterial über die Europäische Integration und das Reformprojekt. Jedoch scheint dieses von einer Vielzahl der Bürger/innen nicht für ihr EU-Verständnis genutzt werden zu können. So mangelt es bereits an grundlegender Kenntnis um die Direktwahl des Europäischen Parlaments (vgl. Westle in diesem Band), aber auch um dessen mittlerweile weitreichende Kompetenzen – eine der Ursachen dafür, dass nicht einmal jede/r zweite Wahlberechtigte/r an den Europawahlen partizipiert. Offenbar fordert die Europäische Integration eine politikdidaktisch fundierte und über Multiplikator/innen intentional betriebene Bildung in besonderer Weise. Da nur die schulische politische Bildung sämtliche angehende Bürger/innen erreichen kann, trägt sie für die politische Europabildung eine besondere Verantwortung, die zugleich eine große Chance bedeutet. Dabei birgt eine Zusammenarbeit mit der außerschulischen politischen Bildung vielfältiges Potenzial. (Vgl. Oberle 2012)

Die im vorliegenden Band versammelten Beiträge unterstreichen den Bedarf nach europapolitischer Bildungsarbeit und fokussieren aktuelle Ziele, Ansätze und Maßnahmen einer erfolgreichen politischen EU-Bildung. Dabei wird sowohl die

schulische, als auch die außerschulische politische Bildung in den Blick genommen.

Wilhelm Knelangen eröffnet diesen Sammelband mit einem politikwissenschaftlichen Beitrag zu den gewandelten Einstellungen der (deutschen und europäischen) Bürgerinnen und Bürger zur Europäischen Union bzw. dem Europäischen Integrationsprojekt. Dabei rekurriert der Autor auf die Eastonsche Unterscheidung von genereller und spezifischer politischer Unterstützung und zieht Umfrageergebnisse verschiedener Eurobarometer heran. Wilhelm Knelangen zeichnet den Wandel eines ehemals „*permissive consensus*“ hin zu einem „*constraining dissensus*“ nach, erörtert dessen Ursachen und macht schließlich eine durchaus ernstzunehmende Vertrauenskrise aus, die in eine existenzbedrohende Krise der Europäischen Union münden könnte.

Lars Klein setzt sich in seinem Beitrag mit dem auch in der Europabildung viel gebrauchten Begriff der „europäischen Identität“ auseinander. Wenn nach ‚europäischer Identität‘ gefragt werde, dann zumeist im Bemühen um eine solide Grundlage für die europäische Integration. Das Scheitern solcher Fixierungsversuche bedeutet dem Autor zufolge nicht, dass es den Europäisierungsprozessen an Legitimität mangle, sondern dass diese auf eine falsche Weise herbeigeführt werden soll. Übersetze man ‚europäische Identität‘ in ‚Zugehörigkeit zu Europa‘, werde eine funktionierende kulturelle Integration sichtbar, die sich als Teil eines offenen kosmopolitischen Projektes Europas allerdings von vornherein einer Fixierung entziehe. Mit der Notwendigkeit eines ständigen Aushandelns von Grenzen und Zugehörigkeit sowie einer interkulturellen Kommunikation identifiziert Lars Klein wichtige Themen für den Schulunterricht.

Der Beitrag von *Bettina Westle* untersucht auf Grundlage von 16 kumulierten Eurobarometern das Wissen der Bürgerinnen und Bürger zum Europäischen Parlament. Dabei werden die Befunde für Deutschland im Vergleich zu den anderen älteren Mitgliedsstaaten der Europäischen Union analysiert. Die Ergebnisse zeigen, dass das Wissen um die Direktwahl des Europäischen Parlaments auch bei der deutschen Bevölkerung ausgesprochen gering ausfällt, ebenso ihr subjektives, auf Selbsteinschätzung beruhendes Wissen. Ein Wissen um die Direktwahl geht dabei mit positiveren Einschätzungen des Europaparlaments und einer größeren Bereitschaft zur Beteiligung an den Europawahlen einher. Die wichtigsten Determinanten der EU-Kenntnisse verweisen darauf, dass es an einem hinreichenden Bewusstsein um die Betroffenheit durch die Europäische Union fehlt.

Wie *Helmar Schöne* und *Stefan Immerfall* in ihrer umfassenden Analyse von Erfahrungen und Desiderata der europapolitischen Schulbildung feststellen, nimmt das Thema Europa bzw. Europäische Union in Bildungsplänen breiten Raum ein. Überdies stehe für seine Behandlung eine enorme Menge an – oft auch kostenlo-

sen – Unterrichtsmaterialien zur Verfügung. Dessen ungeachtet sei das Wissen von Schüler/innen über die EU gering und ihre Behandlung im Unterricht sei bei Schüler/innen wie Lehrer/innen oftmals unbeliebt. In ihrem Beitrag suchen die Autoren nach Gründen für dieses Missverhältnis. Dabei wird u. a. auf Schulbücher und Unterrichtsmaterialien, die Realität des alltäglichen Politikunterrichts und dessen Rahmenbedingungen sowie auf das Fortbildungsangebot für Lehrer/innen eingegangen. Aus dieser Analyse werden Anregungen für Maßnahmen zur Verbesserung der Europa-Bildung in der Schule abgeleitet.

Im Anschluss gehen *Monika Oberle* und *Johanna Forstmann* der Frage nach, inwieweit sich die Behandlung der Europäischen Union im alltäglichen politischen Fachunterricht auf relevante EU-bezogene Dispositionen wie Wissen, Einstellungen, motivationale Orientierungen (u. a. internes Effektivitätsgefühl) sowie politische Partizipationsbereitschaften der Schüler/innen auswirkt, wobei weitere potenzielle Einflussfaktoren berücksichtigt werden. Bei einem Sample von 885 Schüler/innen (10./11. Klassen) zeigt sich in einem quasi-experimentellen Design mit Kontrollgruppe ein bedeutsamer direkter Effekt des EU-Unterrichts auf das EU-Wissen der Lernenden. Die übrigen erhobenen EU-bezogenen Dispositionen werden hier teilweise indirekt durch den unterrichtsinduzierten Wissenszuwachs beeinflusst. Als bedeutsame Hintergrundvariablen erweisen sich einmal mehr das kulturelle Kapital des Elternhauses sowie das Geschlecht der Schüler/innen.

Georg Weißeno und *Barbara Landwehr* fokussieren ebenfalls die Wirksamkeit des Politikunterrichts über die Europäische Union und stellen Ergebnisse einer empirischen Studie ($N=1071$, Schüler/innen der 9./10. Klassen) vor. Untersucht werden die Kompetenzdimensionen Fachwissen und Motivation über das leistungsbezogene Selbstkonzept. Erhoben wurden außerdem die Unterrichtsmerkmale konstruktive Unterstützung und kognitive Aktivierung sowie das Kontextmerkmal der sozialen Eingebundenheit aus Schülersicht. Die Ergebnisse zeigen u. a., dass Wissen und Selbstkonzept positiv zusammenhängen. Der kognitiv aktivierende Unterricht hat einen positiven Effekt auf die Leistung, soziale Eingebundenheit auf das Selbstkonzept. Kognitiv aktivierender Unterricht und die wahrgenommene konstruktive Unterstützung der Lehrkraft korrelieren unter Kontrolle des Wissens hoch miteinander.

In ihrem Beitrag zur Europabildung in der Primarstufe stellt *Dagmar Richter* fest, dass Bildungspläne und Unterrichtsmaterialien für die Grundschule sich nur selten auf die politische Dimension der EU beziehen. Dort, wo sie zum Gegenstand werde, würden anspruchsvolle Konzepte vorausgesetzt. Empirische Studien zur politischen Sozialisation zeigten aber, dass Kindern die Voraussetzungen zum Verstehen des Mehrebenensystems fehlen. Empirisch ungeklärt sei die didaktische

Frage, ob es im Sachunterricht prinzipiell möglich ist, politische Lernprozesse zur EU zu initiieren. Da Kinder aber schon früh Vorstellungen über Angehörige anderer Staaten entwickeln, plädiert Dagmar Richter dafür, in der Grundschule bei Themen zur EU weniger auf die Kompetenzdimension politisches Fachwissen, sondern stärker auf den Bereich Einstellungen und Motivation zu fokussieren – und über das geförderte Interesse eine Basis für den Unterricht in den Sekundarschulen zu schaffen.

Auch *Eva Schauenbergs* Beitrag widmet sich der Europabildung in der Grundschule. Laut Perspektivrahmen Sachunterricht der Gesellschaft für Didaktik des Sachunterrichts ist es dessen Aufgabe, Schüler/innen darin zu unterstützen, ihre Umwelt sachbezogen zu verstehen, sich darin zu orientieren, mitzuwirken und zu handeln. Europa als Teil dieser Um- und Lebenswelt der Kinder habe Bezüge zu vielen Perspektiven des Faches, wobei die Autorin als verbindendes Konzept im Bereich der sozialwissenschaftlichen Bezugsfelder das der Konstruktion identifiziert. Gerade der Sachunterricht mit seinem vielperspektivischen Zugang ist Eva Schauenberg zufolge der ideale Ort zur Grundlegung eines reflektierten und differenzierten Europaverständnisses, da hier fachliche Verkürzungen auf geographische, historische oder politische Beschreibungen des Raumes dezidiert im Widerspruch zur Struktur des Faches stehen.

Andreas Eis geht in seinem Beitrag der Frage nach, welches Wissen und welche Kompetenzen junge Menschen benötigen, um Politik in Europa angesichts aktueller Krisen und epochaler Herausforderungen verstehen und mitgestalten zu können. Zunächst werden einige Grundannahmen der Orientierung an Bildungsstandards infrage gestellt, da diese weder dem kontroversen Bildungsgehalt des Problemfeldes noch der Handlungsebene politischer Praxis hinreichend gerecht würden. In einem zweiten Schritt werden Eckpunkte für eine fachdidaktisch-kategoriale Erschließung des Demokratiedefizits und der Demokratieentwicklung in Europa skizziert, um schließlich nach den Möglichkeiten und Grenzen europapolitischer Bildungsforschung zur Qualifizierung mündiger, handlungsfähiger Menschen in Europa zu fragen und Perspektiven für die Analyse von Lernprozessen einer *Active Citizenship Education* zu erschließen.

Béatrice Ziegler führt die Leser/innen in ihrem Beitrag in die benachbarte Schweiz. Dort soll im Herbst 2014 für die deutschsprachigen schweizerischen Kantone der „Lehrplan 21“ in Kraft treten. Die Autorin untersucht, welche Art von Europalernen in diesem Lehrplan verankert wird, und setzt ihre Ergebnisse zu empirischen Befunden hinsichtlich Interesse, Wissen und Vorstellungen von Jugendlichen sowie Lehrkräften der Sekundarstufe I zur Europäischen Union und zu Europa in Beziehung. Auf diesem Weg werden die expliziten Zielsetzungen und